

NEUES AUS DEN POLNISCHEN NACHBARREGIONEN



+++ Neue Herausforderungen für die deutsch-polnische Nachbarschaft +++ Enttäuschung über das Handeln Mecklenburg-Vorpommerns +++ Konflikt um Tagebau Turów spitzt sich zu +++ Kommentar zum Tagebau Turów +++ Corona-Update: Geringe Infektionszahlen, geringe Impfnachfrage +++ Nach Corona: Gemeinden mit hohen Schulden +++ Regierung strebt Reform der Freiwilligen Feuerwehren an +++ Orlen tauscht Chefredakteure aus +++ Willkommensklassen nach Berliner Vorbild +++ 15 Ärztehäuser in Großpolen gestrichen ++ + Jüdische Gräber von 12-jährigen zerstört +++ Beerdigung nach 76 Jahren +++ Halbe Brückeneröffnung – deutsche Seite frühestens im Herbst fertig +++ Oder-Fähre bleibt am Ufer +++ Prachtvolle Villa eines deutschen Fabrikanten wird zum Kulturhaus +++ Lebuser Filmsommer auf Ende August verlegt +++



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

1

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Neue Herausforderungen für die deutsch-polnische Nachbarschaft

30 Jahre nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages zeichnen sich neue Herausforderungen in der gegenseitigen Zusammenarbeit ab. Insbesondere in der Grenzregion hat die Pandemie gezeigt, wie schnell sich der lange erarbeitete Weg zu einem gemeinsamen Alltag von einer gut befahrbaren Straße zu einem holprigen Feldweg verwandeln kann. Darüber, wie sich solche Situationen in Zukunft vermeiden lassen, diskutierten Mitte Juni in Frankfurt (Oder) und Słubice Vertreter der Landes- und Kommunalpolitik aus Polen und Deutschland.

Vor allem die letztjährige Grenzschließung in der Anfangsphase der Corona-Pandemie verursachte erhebliche Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden Verkehr. „Die Staatsgrenze kann nicht die Grenze einer Pandemie markieren, die Familien, Schulen und Unternehmen trennt“, sagte Urszula Polak, die Marschallin der Wojewodschaft Lubuskie. Sie appellierte an die Staatsregierungen und forderte eine größere Berücksichtigung der Lokal- und Regionalpolitiker bei Entscheidungen, die das Grenzgebiet betreffen. Sie betonte: „Wir haben die Geschichte aufgearbeitet und nach so vielen Jahren inniger Beziehungen spüren wir keine Grenzen, keine Unterschiede, keinen Hass mehr. Unsere Länder haben es geschafft, das Vertrauen wieder aufzubauen. Leider hat sich während der Pandemie herausgestellt, dass die Grenze doch existiert. Wir wurden von den Regierungen überrascht und im Entscheidungsprozess ignoriert. Das darf sich nicht wiederholen.“

Den Worten der Lebuser Marschallin stimmte Dietmar Woidke zu. Der SPD-Ministerpräsident von Brandenburg und Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit sagte: „Die Pandemie hat die Schwachstellen in unseren gegenseitigen Beziehungen aufgezeigt. Entscheidungen, die auf Regierungsebene getroffen werden, müssen besser koordiniert werden.“ Um dies in Zukunft möglich zu machen, kündigten die lokalen und regionalen Politiker an, einen Appell an die Staatsregierungen beider Länder zu unterzeichnen. Sie betonten auch, dass der unzureichende Informationsaustausch und verschiedene Regelungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie entlang der deutsch-polnischen Grenze zu erheblichen Schwierigkeiten im Alltag der lokalen Bevölkerung sowie der regionalen Wirtschaft geführt hätten.

Der am 17. Juni 1991 von Helmut Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Jan Krzysztof Bielecki unterschriebene deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag gilt als Meilenstein im Versöhnungsprozess beider Länder. Einige Monate früher, im November 1990, hatte die



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



2

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Juli 2021

Bundesrepublik den Verlauf der Grenze zu Polen entlang der Oder und Neiße anerkannt. Entscheidend war der „Vertrag über die gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vor allem für die Entwicklung zwischenmenschlicher und wirtschaftlicher Beziehungen. Der Vertrag sicherte Polen zudem auch deutsche Unterstützung bei der Annäherung an die Europäische Union zu.

Im Rahmen des Jubiläums kamen in Warschau auch die Präsidenten beider Staaten zusammen. Frank-Walter Steinmeier und Andrzej Duda sicherten dabei ihre Unterstützung für die jeweiligen Minderheiten zu. In Deutschland soll unter anderem Polnisch-Unterricht mit fünf Millionen Euro jährlich gefördert werden. Auch die Arbeiten an dem geplanten Denkmal für die polnischen Opfer des Nationalsozialismus in Berlin schreiten voran.

GAZETA WYBORCZA ZIELONA GÓRA 16.06.2021, RADIO GORZÓW 16.06.2021, FAZ 17.06.2021

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT **Enttäuschung über das Handeln Mecklenburg-Vorpommerns**

Als „nicht nachvollziehbar und asymmetrisch“ bezeichnete der Beauftragte des westpommerschen Marschalls für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Norbert Obrycki, die Pandemieregelungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegenüber Polen. Ende Mai wurde Polen von der Liste der Länder, die als Risikogebiet gelten, gestrichen. Damit wurde die Einreise nach Deutschland bundesweit erlaubt, was viele Bewohner des Grenzgebiets für eintägige Ausflüge auf der deutschen Seite nutzen wollten. Was sie nicht wussten: Die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern untersagte diese bis zum 11. Juni 2021. Infolge dessen wurden mehrere Polen an der Grenze angehalten und zurückgewiesen. In Brandenburg, das die längste Grenze zu Polen hat, galten solche Regelungen nicht.

Der Beauftragte für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zeigte sich überrascht und enttäuscht von den Entscheidungen der Regierung von Manuela Schwesig (SPD). Während der ganzen Pandemiezeit galten in Mecklenburg-Vorpommern schwerste Einreiseregelungen für Polen, auch für diejenigen, die sich auf der deutschen Seite der Grenze angesiedelt haben und zur Arbeit nach Polen pendeln. Die Appelle des westpommerschen Marschalls, der Euroregion Pomerania sowie der betroffenen polnischen Bürger blieben ohne Erfolg.

„Auf der einen Seite wird alles getan, um den Bürgern der Partnerregionen die Mobilität zu erleichtern und so schnell wie möglich zur Normalität zurückzukehren, auf der anderen Seite sind wir mit solchen Aktionen konfrontiert. Lassen Sie es mich ganz offen sagen: Das ist für uns



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

3

unverständlich. Ich kann keine rationale Erklärung für die Entscheidung erkennen, dass der Tagestourismus ab dem 11. Juni erlaubt ist und nicht zum Beispiel ab dem 1. Juni. Leider betreibt die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Frau Schwesig, seit Beginn der Pandemie eine eigene, recht restriktive Freizügigkeitspolitik, auf die wir als Region keinen Einfluss haben“, äußerte sich Norbert Obrycki in der Stettiner Ausgabe von „Gazeta Wyborcza“.

Zur gemeinsamen Koordinierung der Pandemiemaßnahmen rufen auch Vertreterinnen und Vertreter von Bewohnern des deutsch-polnischen Grenzgebiets auf. „Aufgrund der aktuell niedrigen Infektionszahlen und des voranschreitenden Impfstandes auf beiden Seiten der Grenze entspannt sich die Lage derzeit. Aber bereits zum Herbst warnen die Epidemiologen vor einem erneuten Anstieg in Folge der Delta-Mutation, die verschärzte Regelungen nach sich ziehen könnten. Wir plädieren daher für eine Abstimmung untereinander und eine gemeinsame Strategie zur besseren Koordinierung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 sowie für eine entsprechende Informationspolitik sowohl in deutscher als auch polnischer Sprache innerhalb des Verflechtungsraumes der Metropolregion Szczecin“, schrieben die Vorsitzenden des Migrationsnetzwerk Vorpommern-Greifswald in einem Appell an die Politikerinnen und Politiker auf beiden Seiten der Grenze.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN, 04.06.2021

WIRTSCHAFT UMWELTSCHUTZ

Konflikt um Tagebau Turów spitzt sich zu

Im langjährigen Streit um den Braunkohletagebau Turów im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck gab der Europäische Gerichtshof (EuGH) der tschechischen Seite recht. Diese hatte gegen fehlende Umweltverträglichkeitprüfungen beim Ausbau des Tagebaus geklagt. Der EuGH forderte die polnische Regierung in einem Teilurteil auf, den Kohleabbau in Turów zu stoppen, bis das endgültige Urteil feststeht. Doch die polnische Seite lehnt eine Schließung des Tagebaus ab. Dafür drohen ihr Strafen in Millionenhöhe. Mitte Juni begann die polnische Regierung mit der tschechischen Seite zu verhandeln, doch nach drei Tagen waren die



4



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Pressešchau
Ausgabe Julii 2021

Gespräche ins Stocken geraten und unterbrochen worden.

Beim Streit um den Tagebau Turów geht es vor allem um seinen geplanten Ausbau. Dafür hat Polen Anfang des Jahres die Lizenz für den Kohleabbau bis 2044 verlängert. Die tschechische Seite bemängelte, dass die Lizenz ohne erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen verlängert worden sei. Seit Jahren beschweren sich die angrenzenden tschechischen Orte über den sinkenden Grundwasserspiegel, der durch den Kohleabbau verursacht wird. Der geplante Ausbau des Tagebaus werde die Situation noch verschlechtern, so die Befürchtung. Die Bewohner fühlen sich zudem durch Lärm und Staub belästigt. Der Europäische Gerichtshof folgte den Argumenten der tschechischen Seite. Darüber hinaus konnte Polen nicht ausreichend beweisen, dass der angeforderte Kohleabbaustop im Tagebau Turów die Versorgung des naheliegenden Kraftwerks gefährde.

Für polnische Ökologen kommt das EuGH-Urteil nicht überraschend. Auf dem Internetportal Money.pl wird Joanna Flisowska von Greenpeace Polska wie folgt zitiert: „Unsere Nachbarn weisen seit Langem auf die schädlichen Auswirkungen des Tagebaus hin und trotz Gesprächsversuchen mit der polnischen Regierung wurden sie systematisch ignoriert. [...] Am Beispiel von Turów kann man sehen, wie ungeschickt die polnische Regierung an die Energiewende herangeht und welche Folgen ihr stures Festhalten am Status quo des Kohleabbaus hat.“ Für viele Umweltschutzverbände birgt das Urteil des Europäischen Gerichtshof die Hoffnung, dass die von der EU angestrebte Energiewende von polnischen Politikern ernst genommen wird.

MONEY.PL 21.06.2021, MONEY.PL 09.06.2021, POLITYKA.PL 25.05.2021

KOMMENTAR ZUM TAGEBAU TURÓW

Mit Überraschung, Erleichterung und Freude hat die Stiftung „Entwicklung JA – Tagebau NEIN“ die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Aussetzung der Kohleförderung im Tagebau Turów begrüßt. Die Entscheidung des EuGH bestätigt, dass die Menschen, die in der Grenzregion leben, wichtiger sein sollten als die Interessen des dort ansässigen Bergbauunternehmens. Wir freuen uns, dass sich der Gerichtshof mit der Anordnung der vorläufigen Schließung des Tagebaus Turów für die Anwohner der Grenzregion eingesetzt hat, die seit Jahren Beweise für die dramatischen Auswirkungen des Tagebaus vorgelegen: Absenkung des Grundwasserspiegels, Lärm und Luftverschmutzung.

Die Entscheidung des EuGH, den Tagebau sofort zu schließen, ist auf die Ignoranz der polnischen Regierung in den Gesprächen mit der tschechischen Seite zurückzuführen. Hätte man auf die Tschechen gehört, hätte man die Schließung des Bergwerks und die Umwandlung früher planen können. Die plötzliche Schließung des Komplexes wird zweifelsohne ein Drama für die Region sein, die darauf nicht richtig vorbereitet ist. Die bisherige Haltung der polnischen Regierung in den Gesprächen mit der



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes
Brandenburg und der Humboldt Society FFO



5

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Julii 2021

tschechischen Seite hat dazu geführt, dass die Dinge eine unerwartete Wendung genommen haben, nämlich die Entscheidung, den Abbau zu stoppen.

Fehlende Transformationspläne und der damit verbundene Geldverlust aus dem „EU-Fonds für den gerechten Übergang“ und sowie weiterhin fehlende Diskussionen zu diesem Thema machen es leicht, Emotionen zu schüren und zu manipulieren. In Bogatynia sind die Stimmen der unzufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Turów-Komplexes am deutlichsten zu hören (u.a. durch die umstrittene Bewegung „Hände weg von Turów“). Gleichzeitig erhalten wir Informationen, dass Einwohner, die eine andere Meinung vertreten, eingeschüchtert oder sogar zum Schweigen gebracht werden. Das ist auch der Grund, warum wir von der polnischen Seite nichts über Wasserprobleme hören, obwohl die Bewohner des Kreises Zgorzelec die Auswirkungen der Landentwässerung stark spüren.

Der Betreiber des Tagebaus, der PGE-Konzern, gibt irreführende Schätzungen für den Turów-Komplex an, daher konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Medien auf die sozioökonomischen Folgen einer ausgewählten Gesellschaftsgruppe. Fakt ist, dass Anfang April 2021 im Bergwerk und Kraftwerk Turów 3536 Menschen beschäftigt waren. Es wird jedoch nicht über die Mehrheit der Bewohner der Region gesprochen, die durch den Betrieb des Tagebaus einen Verlust im Grenzkonflikt erleiden.

Bogatynia durchläuft einen rasanten Wandel und dieses Problem wird verschwiegen. Die Europäische Kommission hat nun entschieden, dass die Region sich nicht für eine Förderung aus den Mitteln des „EU-Fonds für den gerechten Übergang“ qualifiziert. Je weniger über den Klimawandel gesagt wird, desto schwieriger und dramatischer wird die Situation in naher Zukunft sein. Polen muss ein Datum für den Ausstieg aus der Kohle festlegen, das mit den Zielen der Europäischen Union übereinstimmt, und sofort mit der Planung für eines fairen Übergangsprozess in allen Bergbauregionen beginnen. Die polnische Regierung sollte so schnell wie möglich in die Entwicklung von Schutzprogrammen der Region Zgorzelec investieren, die durch jahrelange staatliche Vernachlässigung und eine fehlgeleitete Energiepolitik vor dem strukturellen Kollaps steht.

Die Beendigung der Kohleförderung und -verbrennung im Turów-Komplex ist bereits im Jahr 2026 möglich. Es wäre nicht nur für diese Region, sondern auch für ihre Bewohnerinnen und Bewohnern wirtschaftlich sinnvoll. Sie könnten von Mitteln aus dem „EU-Fonds für den gerechten Übergang“ profitieren, die, wenn sie von der Gemeinde Bogatynia gut geplant würden, dafür sorgen könnten, dass die Region endlich über eine Entwicklung nachdenken könnte. Zusätzlich wäre eine wirtschaftlich und technisch machbare Alternative für Turów nötig, zum Beispiel der Bau von Solar- und Windparks zusammen mit kleinen Biomassekraftwerken und einem Pumpspeicherkraftwerk. Ein solches Projekt könnte zwischen 4522 und 7830 Arbeitsplätze schaffen, und das nationale Energiesystem würde ohne Turów problemlos funktionieren.

PATRYCJA STEFANEK, STIFTUNG „ENTWICKLUNG JA – TAGEBAU NEIN“



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



6

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Juli 2021

GESUNDHEIT COVID

Corona-Update: Geringe Infektionszahlen, geringe Impfnachfrage

Nach einer dramatisch starken dritten Corona-Welle Ende März und im April mit 7-Tages-Indizidenzen bis über 500 Neuinfektionen/100.000 Einwohnern ist die Corona-Gefahr seit Mai in Polen stetig gesunken. Seit Beginn der letzten Juniwoche liegt die 7-Tages-Indizidenz bei unter 2/100.000. Viele Landkreise haben seit vergangener Woche keine Neuinfektionen mehr verzeichnet. Die geringsten Infektionszahlen gibt es derzeit in der Wojewodschaft Opole, die höchsten in der benachbarten Wojewodschaft Schlesien. Wegen der insgesamt geringen Infektionen sind die Minimal- und Maximalangaben aber stark schwankend.

Insgesamt haben sich 2,8 Millionen Menschen in Polen nachweislich mit dem Virus infiziert, was einem Anteil von 7,5% der Bevölkerung entspricht (in Deutschland liegt die Quote bei 4,5%), dabei war die Sterblichkeit wesentlich höher als in anderen Ländern, knapp 75.000 Menschen sind im Zusammenhang mit einer Covid-Erkrankung gestorben.

Die neuen Virusvarianten Delta und Delta-Plus sind in Polen ebenfalls registriert worden, als erstes bei aus Indien zurückgekehrten Ordensschwestern. Dennoch scheinen die als gefährlicher eingestuften Varianten in Polen noch keine Rolle zu spielen. Nach Einschätzung der staatlichen Gesundheitsaufsicht sei man in Polen von einer dramatischen Verbreitung der Delta-Varianten weit entfernt.

Die geringen Infektionszahlen korrespondieren allerdings mit einer rückläufigen Impfbereitschaft. Wurden im Mai bis Mitte Juni im Wochendurchschnitt ca. 300.000 Impfdosen täglich verimpft, sind es nun nur noch gut 200.000 täglich. Zwar sind nach offiziellen Angaben bereits 44% der Bevölkerung einmal und 34% vollständig geimpft (zum Vergleich: DE 55%, 37% vollständig geimpft). Jedoch werden derzeit kaum neue Impfungen verabreicht, sondern im wesentlichen Zweitimpfungen durchgeführt. Viele Menschen verzichten sogar auf die Zweitimpfung. Über die Gründe wird spekuliert: Beschwerden bei der Erstimpfung oder auch die Annahme, eine Impfung sei wegen der geringen Ansteckungsgefahr derzeit ausreichend. Außerdem kursieren Fake News darüber, dass die Sterblichkeit bei Geimpften bei einer Ansteckung mit der Delta-Variante höher sei. Stärker ist die Impfquote in den größeren Städten und den westlichen Wojewodschaften, während im ländlichen Raum die Impfbereitschaft niedriger ausfällt. Besonders in den Bergregionen im Süden sei die Impfbereitschaft sehr gering, bemerkt eine Kommentatorin der *Gazeta Wyborcza*. Dabei hätten gerade diese Regionen im Winter besonders unter dem corona-bedingten Ausbleiben der Touristen gelitten und dementsprechend laut nach Wirtschaftshilfen



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes
Brandenburg und der Humboldt Society FFO



7

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Juli 2021

geschrien. Besonders gering ist die Impfquote in der Altersgruppe der 12–15-jährigen in allen Regionen.

Ab Juli starten neue Kampagnen, um die Menschen zum Impfen zu bewegen: Nach amerikanischem Vorbild gibt es für vollständig Geimpfte vom 01.07.–30.09.2021 die Möglichkeit, an einer nationalen Impflotterie teilzunehmen. Zu gewinnen gibt es bis zu 1 Million Złoty (ca. 220.000 Euro). Außerdem werden die ersten 500 Gemeinden, dessen Einwohnerinnen und Einwohner zu mehr als 67% geimpft sind, mit 100.000 Złoty (ca. 22.000 Euro) aus der Staatskasse belohnt. Weitere Preise gibt es nach dem 31. Oktober 2021 für die am stärksten immunisierte Gemeinde, also die Gemeinde mit der höchsten Impfquote. Die hier zu gewinnenden Gelder (bis zu 2 Millionen Złoty pro Gemeinde) müssen von den Gemeinden dann auch für Maßnahmen im Zusammenhang mit Corona (Prophylaxe, Eindämmung, aber auch für wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Pandemie) ausgegeben werden. Auf gutem Weg schnell eine hohe Quote zu erreichen ist u.a. die Gemeinde Dobra Szczecińska. Die an Vorpommern grenzende Kommune hat derzeit eine der höchsten Impfquoten in Polen und die höchste in der Wojewodschaft Westpommern.

Wegen des derzeit geringeren Infektionsrisikos sind viele Corona-Maßnahmen für die Sommerzeit gelockert worden. So sind Hotels und Restaurants, Kinos und Sportstätten wieder geöffnet, Hochzeiten und andere private Veranstaltungen mit bis zu 150 Teilnehmenden sind wieder möglich, auch Fach-Messen und Konferenzen sind erlaubt. Fahrgeschäfte auf Rummelplätzen dürfen 75% Personen aufnehmen. In öffentlichen Verkehrsmitteln ist ab dem 26. Juni wieder die 100%-ige Auslastung zugelassen. Bis zum 31. August 2021 ist allerdings die 10-tägige Quarantänepflicht bei nicht-berufsbedingten Einreisen nach Polen verlängert worden. Ausgenommen davon sind Genese und Geimpfte mit europäischem Impfzertifikat sowie Personen mit aktuellem negativen Corona-Test.

QUELLE: POLITYKA, 23.06.2021 WP.PL, 26.06.2021, BIQDATA 28.06.2021, RZECZPOSPOLITA, 29.06.2021, GAZETA WYBORCZA 23.06., 01.07.2021, TVN 01.07.2021

INFORMATIONEN DES GESUNDHEITSMINISTERIUMS UNTER WWW.GOV.PL/WEB/KORONAWIRUS

COVID FINANZEN

Nach Corona: Gemeinden mit hohen Schulden

Viele polnische Gemeinden versinken nahezu in Schulden. Grund dafür sind auch hohe Steuereinnahmeverluste bedingt durch die Corona-Pandemie, in der Firmen bei geringeren Einnahmen oder Unternehmensschließungen weniger Steuern an die Gemeinden abführten. Hinzukommen Einkommensverluste aufgrund von weniger Einnahmen der öffentlichen



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



8

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpq-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Julii 2021

Verkehrsmittel und geringere öffentliche Immobilienverkäufe in der Pandemie-Zeit. Die höchste Verschuldung weist dabei die Hauptstadt Warschau mit 5,6 Milliarden Złoty (1,2 Milliarden Euro) auf – allerdings hat sie auch die meisten Einkommen und Steuerzahler – die Verschuldung pro Einwohner/Einwohnerin beträgt 3.100 Złoty. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Polens hat die Gemeinde Sulmierzyce in der Wojewodschaft Łódź mit knapp 10.000 Złoty (2.200 Euro) p.c. In einigen Fällen war aber die Situation schon vor Pandemie-Beginn kritisch, wie die Rzeczpospolita anführt. So liegt die Gemeinde Rewal in Westpommern, die schon seit Jahren überschuldet ist, auf dem dritten Platz beim Negativrekord mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.800 Złoty (1.500 Euro).

Generell sind auf Gemeinde-Ebene auch weiterhin Investitionen möglich, allerdings verschiebe sich die Finanzstruktur hin zu einem höheren Anteil an Zufinanzierungen aus zentralen Regierungsprogrammen bei einem geringeren Anteil an Eigenkapital der Gemeinden. Dies berge jedoch die Gefahr einer höheren Abhängigkeit von Entscheidungen der Zentralregierung und gefährde die verbrieftete Unabhängigkeit der Gemeinden, so ein Experte für lokale Demokratie in der Rzeczpospolita.

RZECZPOSPOLITA, 22.05. 07.06., 11.06.2021

POLITIK

Regierung strebt Reform der Freiwilligen Feuerwehren an

Die Wochenzeitung Polityka nennt sie die dritte Gewalt im ländlichen Raum. Ihrer Ansicht nach haben die Feuerwehren in der nicht-Montesquieuschen Aufteilung die dritte Position nach dem Bürgermeister und dem örtlichen Priester inne. Grund genug, so die linksliberale Zeitung für die PiS-Regierung, eine Reform zu initiieren, um mehr Kontrolle und Einfluss in den Landgemeinden zu gewinnen. Die 700.000 Freiwilligen Feuerwehrmännern und -frauen in 16.200 Einheiten bilden gerade auf dem Land ein zu hohes Potential, um bei der Politik nicht Begehrlichkeiten zu wecken. Bereits die erste Ankündigung der PiS-Regierung, eine



Feuerwehrstation Dobra. Bild: A. Fiedler CC BY-SA



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



9

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Julii 2021

Feuerwehrreform in die Wege zu leiten, löste in vielen Feuerwehren die sonst gewohnte Einheit auf: Die einen meinen, eine Reform sei längst überfällig, andere sind davon überzeugt, dass damit das Ende der Freiwilligen Feuerwehren eingeläutet werde. Mit der Reform sollen die Freiwilligen Feuerwehren an das landesweite Alarmsystem angeschlossen werden. Voraussetzung dafür ist eine einheitliche Grundausstattung für das Bergen, Retten und Löschen, für den Einsatz bei Unfällen und im Katastrophenfall sowie geschulte Mannschaften. Die Voraussetzungen werden nur bestimmte Einheiten erfüllen, so die Befürchtung, der Rest könnte zu Hilfseinheiten degradiert werden. Dies könnte zu Konflikten und Spaltungen unter den Feuerwehrleuten führen, deren Feuerwehrstationen bisher vielerorts auch die Funktion eines örtlichen Kultur- oder Gemeindezentrums erfüllten.

QUELLE: POLITYKA, 11.06.2021

MEDIEN

Orlen tauscht Chefredakteure aus

Wenige Monate nach der Übernahme von 20 regionalen Tageszeitungen sowie ca. 500 Internetportalen durch den staatlichen Mineralölkonzern Orlen räumt der neue Inhaber auf. Bis zum 1. Juni wurden bereits elf Chefredakteure ausgetauscht. Auch im Vorstand der Gruppe Polska Press, die die Redaktionen verwaltet, sitzen ausschließlich regierungstreue Mitglieder. Die personellen Veränderungen betreffen unter anderem „Gazeta Lubuska“ im Lebuser Land, „Gazeta Wrocławsk“ mit Sitz in Breslau und „Głos Wielkopolski“ in Posen.

Überall dort und in anderen Redaktionen wurden Posten von Redakteuren neu besetzt, die bisher in nationalkonservativen Medien arbeiteten. Infolge der Übernahme verließen dutzende Journalistinnen und Journalisten, die mit der Politik des neuen Inhabers nicht einverstanden waren, die Redaktionen. Offiziell gab es bisher keine Kündigungen, alle trennten sich in gegenseitigem Einvernehmen – so heißt es zumindest bei Polska Press.

Das Personal-Karussell widerspricht den anfänglichen Ankündigungen des neuen Besitzers, dass es in den übernommenen Redaktionen keine personellen Veränderungen geben werde. Dorota Kania, Vorstandsmitglied von Polska Press, sagte in einem Gespräch mit dem regierungsnahen Radio Poznań, dass sie nicht mit der Absicht gekommen sei, die Verträge zu kündigen und Menschen zu entlassen. „Die Entscheidungen, die ich getroffen habe, sind in gewisser Weise das Ergebnis von Gesprächen mit Journalisten, die mir selbst erzählten, wie die Arbeit und die Abläufe in den Redaktionen aussahen“, so Kania.

GAZETA WYBORCZA POZNAŃ 14.06.2021, **OKOPRESS.PL** 30.04.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



10

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseschau
Ausgabe Juli 2021

BILDUNG

Willkommensklassen nach Berliner Vorbild

In Breslau (Wrocław) sind für erst kürzlich nach Polen eingereiste Kinder so genannte Willkommensklassen (klasy powitalne) eingerichtet worden, in denen die Schülerinnen und Schüler in ein oder zwei Schulhalbjahren vor allem die polnische Sprache erlernen sollen. Zielgruppe sind Kinder von ausländischen Familien und polnischer Eltern, die erst nach Polen zurückgekehrt sind und die noch nicht über ausreichende Sprachkenntnisse für den Schulunterricht verfügen. Das Modell des schnellen Spracherwerbs, das nach deutschem Vorbild seit 2019 bereits in sieben Breslauer Schulen eingeführt wurde, ist erfolgreich und macht inzwischen auch in anderen Teilen Niederschlesiens Schule. Es gibt über den reinen Unterricht auch weitere Ideen, das Programm auszubauen, beispielsweise durch den Aufbau von Online-Bibliotheken mit Unterrichtsmaterialien und Schulungsmaterial für Lehrkräfte. Die Stadt Breslau bemüht sich um einen Ausbau des Programms durch eine Zufinanzierung aus Mitteln des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, das über Sonderfonds für die Zufinanzierung von Gemeindeschulen verfügt. Auch der polnische Städtebund unterstützt die Initiative: er schlägt 30 zusätzliche Lehrstunden wöchentlich für das Willkommensprogramm und einen Ausbau für Ferienprogramme und interkulturelle Arbeit vor. Das Ministerium will derzeit nur 2 Lehrstunden wöchentlich zusätzlich finanzieren – viel zu wenig für die große Nachfrage, so der Breslauer Integrationsbeauftragte.

QUELLE: GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 21.06.2021

GESUNDHEIT

15 Ärztehäuser in Großpolen gestrichen

In der Wojewodschaft Großpolen werden 15 Ärztehäuser von der Liste des staatlichen Gesundheitssystems gestrichen. Der Vertrag mit dem Krankenkassendachverband NFZ (Nationaler Gesundheitsfond) wird zum 1. Juli 2021 aufgelöst. Für die Patienten im ländlichen Raum stellt die Vertragsauflösung ein großes Problem dar, da dort die betroffenen Ärztehäuser vielfach die lokale Grundversorgung sicherstellen. Grund für die Streichung ist laut Gazeta Wyborcza Poznań die übermäßig oft durchgeführte Ferndiagnostik über das Internet. Hierfür hatte das Gesundheitsministerium während der Corona-Pandemie besonders aufgerufen. Teilweise hatten die Arztpraxen aber über 90% ihrer Sprechstunden online durchgeführt, so das Gesundheitsministerium. Auch in anderen Wojewodschaften werden Verträge mit dem NFZ wegen übermäßiger Nutzung von Online-Sprechstunden zum Juli aufgelöst, Ärztinnen und Ärzte mit hoher Präsenzquote sollen hingegen Prämien erhalten. Die Entscheidung wird auf dem Land



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian
Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseeschau
Ausgabe Julii 2021

stark kritisiert: Für die Patientinnen und Patienten stellt dies eine doppelte Benachteiligung dar. Vertragsärzte seien nur mit weitem Fahrweg zu erreichen und die Zahl der Online-Sprechstunden, die gerade bei größeren Entfernungen eine Hilfe waren, werde auch zurückgehen.

QUELLE: GAZETA WYBORCZA POZNAŃ, 26.06.2021, RZECZPOSPOLITA, 23.06.2021

ANTISEMITISMUS

Jüdische Gräber von 12-jährigen zerstört

In Breslau sind bei 60 jüdischen Gräbern die Grabplatten umgeworfen und dabei zerbrochen worden. Die Polizei konnte fünf 12-jährige Täter ermitteln. Die jungen Täter wurden unter Aufsicht ihrer Erziehungsberechtigten verhört, wie die Polizei mitteilte. Über die Motive gab die Polizei nichts bekannt. Breslauer Stadtverordnete kommentierten den Fall kurz mit dem Hinweis, es sei wohl mehr Bildung nötig.

Auch in Bielsko-Biała (Wojewodschaft Schlesien) gab es am vorletzen Wochenende Zerstörungen auf dem jüdischen Friedhof. Die Polizei geht hier von einer geplanten Schändung des 1849 eingerichteten Friedhofs aus. Der Friedhof war bereits 2015 Ziel eines Anschlags und verfügt seitdem über eine Videoüberwachung, die derzeit ausgewertet wird.

QUELLEN: GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 17.06.2021, GAZETA WYBORCZA BIELSKO-BIAŁA 26.06.2021

GESCHICHTE

Beerdigung nach 76 Jahren

Eine ungewöhnliche Beerdigung fand in Gostkowo (Landkreis Wałbrzych, ehem. Waldenburg) in Niederschlesien statt. Nach 76 Jahren wurden auf dem ehemaligen Friedhof Überreste zweier deutscher Familien symbolisch bestattet, die 1945 sich kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee das Leben nahmen.

2016 war der alte, nicht mehr genutzte Friedhof zum Verkauf gestellt worden. Eine lokale Beamtin, Halina Bryk, entschied sich, das Gelände zu kaufen, um es vor dem eventuellen Bebauen zu schützen. Zusammen mit ihrer Tochter gründete Bryk die Stiftung Anna in Goskowo, benannt nach dem Vornamen einer Person, deren unbeschädigtes Grabmal von ihnen als erstes entdeckt worden war. In den darauffolgenden Jahren wurde das Gelände immer weiter aufgeräumt.

2018 entdeckten die Frauen während der Arbeiten ein Massengrab, in dem alle Schädel Spuren von Kugeln aufwiesen. Eine alteingesessene Bewohnerin half schließlich, das Rätsel um die



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



12

Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Pressešchau
Ausgabe Julii 2021

Personen aufzuklären. Es handelte sich demnach um die Familie eines deutschen Lehrers, die vor der Roten Armee zuerst flüchten wollte und – als das nicht gelungen war – sich selbst das Leben nahm. Während der symbolischen Bestattung hielt ein Pfarrer der Evangelischen Friedenskirche in Jawor einen Gottesdienst.

GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 31.05.2021

TOURISMUS

Halbe Brückeneröffnung – deutsche Seite frühestens im Herbst fertig

Die frühere Eisenbahnbrücke über die Oder bei Siekiki, Wojewodschaft Westpommern, ist auf polnischer Seite feierlich eröffnet worden: als Ausflugsziel für Fahrradfahrer und Wanderer mit einer Aussichtsplattform über dem breiten Odertal. Hunderte Radfahrerinnen und Radfahrer kamen am Samstag, 26. Juni 2021, zur feierlichen Eröffnung, die Fertigstellung und Abnahme des weit längeren polnischen Teils fand bereits im Mai statt. Das Marschallamt der Wojewodschaft hatte für die Feierlichkeit eigens einen Sonderzug bis zur nächsten noch in Betrieb stehenden Bahnstation Godków eingesetzt – mit ihm fuhr auch der Marschall Olgierd Geblewicz, um anschließend über die stillgelegte und den Radweg führende Bahntrasse zur Brücke zu fahren. Dort gab es ein kleines Volksfest, zu dem auch Brandenburger Vertreter kamen. Allerdings nicht über die Brücke: die deutsche Seite der Fuß- und Fahrradbrücke, so hofft Jobst-Hinrich Ubbelohde, Staatssekretär für Europa und Beauftragter für Brandenburgisch-Polnische Beziehungen, wird im Herbst fertig gestellt sein und dann wird es nicht nur ein wunderschönes Ausflugsziel, sondern auch eine neue Verbindung zwischen Deutschland und Polen geben.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN, 26.06.2021

TOURISTIK

Oder-Fähre bleibt am Ufer

Das zweite Jahr in Folge wird die Oder-Fähre „Ohne Grenzen“, die Gozdowice mit der deutschen Seite verbindet, nicht verkehren. Die Fähre, die als einer der größten Attraktionen der Region gilt, fährt bereits seit 2007 und wird aus EU-Mitteln mitfinanziert. Sie transportiert Autos, ist aber vor allem unter Fahrradfahrern sehr beliebt.

Die Gemeinde Mieszkowice als Inhaberin begründet den diesjährigen Ausfall mit Finanzlöchern in der Gemeindekasse. Nach der Corona-bedingten Pause im vergangenen Jahr soll es auch



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

13

Probleme bei der Suche nach einer neuen Besatzung gegeben haben, nachdem die frühe sich neue Arbeitsstellen suchen musste.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN, 22.06.2021

KULTUR

Prachtvolle Villa eines deutschen Fabrikanten wird zum Kulturhaus

Einst war sie Residenz des deutschen Fabrikanten August Lentz, später diente sie als Quartier der Wehrmacht und danach der Roten Armee, um kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zum Sitz der Bischöfe umgewandelt zu werden. Vor allem aber war die Villa Lentz in Stettin über Jahrzehnte eine kulturelle Einrichtung, ein so genannter „Jugendpalast“, der der Erziehung im Geiste des Sozialismus dienen sollte. Mehrere Generationen von heutigen Stettinern übten hier ihre musikalischen, tänzerischen oder künstlerischen Aktivitäten aus. Nun wurde die prachtvolle Villa sorgfältig saniert und erlebt eine Wiedergeburt als neue Stettiner Kultureinrichtung.

Gebaut wurde die Villa im Jahre 1888 kurz nach der Entstehung des neuen Stadtteils Westend (heute Pogodno). In dem exklusiven Wohnviertel siedelten sich mehrere Stettiner Fabrikanten an und ließen sich Residenzen mit großzügigen Gartenanlagen bauen. Mehrere von den Gebäuden entlang der heutigen Aleja Wojska Polskiego existieren bis heute. 20 Millionen Zloty (ca. 5 Millionen Euro) investierte die Stadt Stettin in die aufwendige Sanierung der Villa Lentz. Dabei umfassten die Arbeiten nicht nur die Modernisierung des Gebäudes. Größter Wert wurde auf die Wiederherstellung der Atmosphäre der Fabrikantenresidenz aus der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sowie an die Anpassung der Räumlichkeiten an ihre neuen Funktionen gelegt.



Villa Lentz. Bild: M. Stefanek

In der Villa Lentz wurde nämlich eine neue Stettiner Kultureinrichtung ins Leben gerufen, die laut eigener Aussage „auf die kreative Interpretation der Geschichte und des Erbes des Ortes, der für die alte und moderne bürgerliche Kultur Szczecins einzigartig ist, zielt“. Eröffnet wurde die Villa Mitte Juni unter anderem mit einer Reihe von Konzerten, Theaterstücken und Filmvorführungen. Im Untergeschoss der Villa befindet sich auch eine ständige Ausstellung über die Geschichte des Ortes und das Leben der Fabrikantenfamilie Lentz.

KURIER SZCZECIŃSKI, 11.06.2021, WWW.WILLA-LENTZA.PL

TIPP VORSCHAU KULTUR

Lebuser Filmsommer auf Ende August verlegt

Der 50. Lebuser Filmsommer (Lubuskie Lato Filmowe) in Łagów sollte eigentlich am letzten Juniwochende stattfinden. Jetzt ist das Open-Air-Filmfestival auf das letzte Augustwochenende (29.08–04.09.2021) verlegt worden. Die Entscheidung fiel bereits Ende Mai, als die Corona-Inzidenzen noch höher waren und der Endsommertermin im Hinblick auf weiter sinkende Infektionszahlen und steigende Impfquote sicherer schien. Das Festival im Lebuser Land ist weniger bekannt für die Begegnung mit Filmstars wie in Międzyzdroje, im Fokus steht die Analyse ambitionierter aktueller Filmkunst durch das Publikum. Ins Leben gerufen wurde das Festival u.a. durch den Schauspieler Daniel Olbrzyski – deutschen Cineasten bekannt aus Schröders Blechtrommel.

QUELLE: GAZETA WYBORCZA ZIELONA GÓRA 27.05.2021, ZIELONA GÓRA NASZE MIASTO 31.05.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg und der Humboldt Society FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

15